



## Die GdP Thüringen und die Landtagsparteien

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Eigentlich wäre dieser Kommentar der, in dem ich auf die besinnliche Zeit blicke und gute Wünsche für das neue Jahr übermittle, ... kommt vielleicht im Laufe der nächsten Zeilen noch. Am Anfang dieses Monatskommentares möchte ich aber etwas anderes stellen. Beginnen möchte ich mit einer Frage, welche ich in diesem Jahr schon einmal angerissen habe. Es geht um das Thema: Wie politisch oder eben unpolitisch ist eine Gewerkschaft? Dazu habe ich eine ganz klare Meinung: Eine Gewerkschaft ist so politisch wie es nur geht! Ansonsten wären Gespräche mit Ministerpräsidenten, Ministern, Staatssekretären, Referenten und Abgeordneten schlicht nicht zulässig. Dann wäre gewerkschaftliches Arbeiten allerdings unmöglich. Was Gewerkschaften aber haben und haben müssen, ist parteipolitische Neutralität. Das heißt nicht, dass wir mit jeder Partei zusammenarbeiten müssen! Ich definiere meine persönliche parteipolitische Neutralität darüber, dass ich keiner Partei angehöre. Dieser Fakt hat natürlich auch Folgen für die GdP Thüringen, über die ich vielleicht an anderer Stelle informieren werde.

Warum schreibe ich das eigentlich alles auf, nun, ich möchte in diesem Kommentar ein wenig über die Parteien des Thüringer Landtages nachdenken. Anlass dafür gab mir ein Landesparteitag der Thüringer CDU, zu dem ich als Gast eingeladen war. Ach, und nur weil dieser Landesparteitag der erste in einer Folge von Parteitagen in den letzten Wochen war, zu denen ich eingeladen wurde, beginne ich mit einer Oppositionspartei des Thüringer Landtages. Die Thüringer CDU schmückte ihren Parteitag unter anderem mit dem Bundes- und Landesvorsitzenden der DPoIG, ob der Bundesvorsitzende der GdP eingeladen war, weiß ich nicht.

Als GdP-Landesvorsitzender habe ich die Farben unserer Organisation aber deutlich vertreten. Was mich trotzdem stark verwunderte ist der Fakt, dass ein Teil der Thüringer CDU im Bundesvorsitzenden der DPoIG einen Menschen sieht, der das sagt, was sie denken. Da frag ich mich zuerst, ist die CDU Thüringen nicht in der Lage zu sagen, was sie denkt, oder fehlt ihr noch der Mut zu bestimmten Aussagen? Wer weiß?

Fakt ist aber, dass der Spitzenkandidat der Landes-CDU, Mike Mohring, in einer umjubelten Bewerbungsrede um diese Funktion, das Thema Innere Sicherheit in Thüringen auf Ankerzentren für Flüchtlinge reduziert hat. Kein Wort über Ausrüstung/Ausstattung der Thüringer Polizei, kein Wort über Personalentwicklung in der Polizei, kein Wort über bessere Aufstiegsmöglichkeiten in der Polizei, einfach nichts, was mich als Landesvorsitzenden der GdP Thüringen hätte bewegen können. Ob Herr Wendt begeistert war von der Rede oder nur aus Höflichkeit zu Standing Ovations aufgestanden ist, weiß ich nicht. Ich für meinen Teil stelle fest: Ich war aus Sicht der GdP Thüringen einigermaßen enttäuscht vom Inhalt der Rede. Ich werde mich eben bemühen, über den Arbeitskreis „Polizei“ bei der CDU noch was für die Themen zu tun, die aus Sicht der GdP in der Thüringer Landespolitik eine Rolle spielen sollten.

Gespräche mit ähnlichen Inhalten sind auch in der Thüringer SPD nötig. Dort überlegt man angeblich ernsthaft, ob das Thema Polizei überhaupt eine Rolle im Wahlkampf um die kommende Landesregierung spielen soll. Was die SPD da nicht verstanden hat, erschließt sich mir überhaupt nicht. Was ist das Ziel der SPD Thüringen? Die gesamte Bundesrepublik spricht über

eine veränderte Sicherheitslage in diesem Land und wie man dieser begegnen kann. Die SPD Thüringen macht da eben womöglich nicht mit, okay, kann man so machen. Die Strategen der Landes-SPD werden sich etwas dabei gedacht haben.

Die Linke in Thüringen macht da schon mal eines richtig, die Einzelgewerkschaften waren zu ihrem „Arbeitsparteitag“ mal schlicht nicht eingeladen. Somit ist eine Berichterstattung meinerseits von diesem Parteitag auch nicht möglich. In den sozialen Medien kann man allerdings den Slogan des Parteitages erkennen. Dort ist zu lesen: „In Verantwortung für Solidarität und Sicherheit“. Nun ja, was Die Linke unter dem Begriff Sicherheit dort subsumierte? Ich kann es euch nicht sagen. Versprochen ist, ich werde nachfragen.

Bleibt noch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der Einfachheit halber verwende ich im Folgenden für die Fraktion mal nur die Grünen. Die Grünen stehen nicht im Verdacht der Polizei besonders nahe zu sein. Zum letzten Parteitag der Thüringer Grünen war ich aus persönlichen Gründen leider verhindert. Aus diesem Grund werde ich auch aus dieser Fraktion erst später berichten. Es bliebe noch eine Fraktion, über jemanden mit dem man nicht spricht, schreibt man aber auch nicht.

Nur so viel müsst Ihr von mir wissen: Ich treibe die CDU, die Sozialdemokraten, die Linken, die Grünen und wenn wieder im Thüringer Landtag vertreten, auch die FDP im Sinne der GdP vor uns her, ohne Rücksicht auf ein Parteibuch nehmen zu müssen. Aber eben auch nur die. Dort werde ich mit Eurer Hilfe die Ideen, Forderungen und Wünsche der GdP für Polizei und Justizvollzug in die Köpfe und Herzen injizieren, bei Demokraten eben.

**Jetzt ist es soweit, das Jahr 2018 neigt sich dem Ende. Ich wünsche Euch auch im Namen des Landesvorstandes eine besinnliche Weihnachtszeit im Kreise der Menschen, die Euch wichtig sind. Einen guten, nicht zu feuchten Rutsch in das Jahr 2019. Dort warten viele neue Herausforderungen und hoffentlich mehr glückliche als traurige Tage auf uns. Den Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen arbeiten müssen, wünsche ich natürlich all das auch und sage einfach: Danke!**



# 122 Polizeibeamtinnen und -beamte ernannt

**Meiningen (WG).** Zum 1. Oktober eines jeden Jahres bekommen die Dienststellen in Thüringen Verstärkung durch neu ausgebildete Kolleginnen und Kollegen, so auch in diesem Jahr. Die Neuen werden in den Dienststellen schon sehnsüchtig erwartet, schließen sie doch zumindest einen Teil der Lücken, die durch Versetzungen in den Ruhestand gerissen werden.

vorsitzende der Jungen Gruppe, Jana Henschel, und an Gewerkschaftssekretärin Kerstin Rothe, welche am Samstag den Stand vorrangig betreuten.

In der Turnhalle des Bildungs-



Viele Gäste gaben den Absolventen die Ehre

Foto: Gäbler



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Auenstraße 38 a  
99089 Erfurt  
Telefon: (0361) 59895-0  
Telefax: (0361) 59895-11  
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Edgar Große (v.i.S.d.P.)  
Telefon: (01520) 8862464  
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZIELITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hildern  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-2828

Bevor nun der erste Tag ohne Studium bzw. Ausbildung anstand, wurde in der Fachhochschule in Meiningen die Ernennung der Absolventinnen und Absolventen des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes durchgeführt. 82 Anwärter des mittleren Polizeivollzugsdienstes und 40 Studenten des gehobenen Polizeivollzugsdienstes beendeten Ende September ihre zwei- bzw. dreijährige Ausbildung. Mehr als 20 der Studenten waren Aufsteiger und keine neu eingestellten Beamten. In feierlicher Atmosphäre und im Beisein der Familien bekamen die nun fertig ausgebildeten Polizeimeister und Polizeikommissare ihre Urkunde in die Hand. Die Jahrgangsbesten beider Laufbahnen wurden besonders geehrt.

Die Gewerkschaft der Polizei war eingeladen und hielt an einem eigens aufgebauten Infostand eine kleine Überraschung für die frisch ernannten Polizeimeister und Polizeikommissare bereit. Ein Dankeschön dafür geht an die Landes-

zentiums fand ein Festakt statt. Die Festrede hielt Innenstaatssekretär Udo Götze. Die Ernennungen wurden von Michael Schulz, Leiter der Polizeiabteilung im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Uwe Brunnengraber, Polizeipräsident der Thüringer Landespolizeidirektion, und Prof. Dr. Thomas Ley, Leiter der Verwaltungsfachhochschule, Fachbereich Polizei, übergeben.

Die Gewerkschaft der Polizei und die Personalvertretungen waren eingeladen. Weiterhin verbrachten diesen Samstag Abgeordnete des Thüringer Landtages, welche vorrangig aus dem Innenausschuss stammen, sowie ein Großteil der Behördenleiter in Meiningen. Umrahmt wurde das Programm durch das Polizeimusikchester.

Die GdP Thüringen wünschen allen neu ernannten Polizistinnen und Polizisten viel Kraft und Erfolg auf den zukünftigen Wegen. Die Gewerkschaft wird auch weiterhin an Eurer Seite stehen.



AUS DEN KREISGRUPPEN

# Gemeinsam in einem starken Team

**Erfurt (td).** Die Kreisgruppe Justizvollzug der GdP Thüringen hat am 2. November 2018 einen neuen Vorstand gewählt. Christian Born, Justizvollzugsanstalt Tonna, wird die Kreisgruppe zukünftig führen.

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der GdP Thüringen Kreisgruppe Justizvollzug am 2. November 2018 fand eine Neuwahl des Vorstandes statt. Die bisherigen Kreisgruppenvorsitzenden Alexandra Anton-Dollhofer und ihr Stellvertreter Dirk Trautmann erstatteten Bericht über den erfolgreichen Aufbau einer Kreisgruppe Justizvollzug und baten abschließend um Entlastung des alten Vorstandes. Beide sind beruflich und privat stark eingebunden und kandidierten deshalb nicht wieder für Spitzenfunktionen im Kreisgruppenvorstand.

Bei der anschließenden Neuwahl, wurden einstimmig Christian Born (Justizvollzugsanstalt Tonna) als Vorsitzender der Kreisgruppe und Sandra Schwämmlein (Jugendstrafanstalt Arnstadt) als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Sie werden unterstützt von Matthias Foss (Justizvollzugsanstalt Tonna) als Kassierer, Julia Berntsch (Justizvollzugsanstalt Goldlauter) als stellv. Kassiererin, Alexandra Anton-Dollhofer und Dirk Trautmann (beide Justizvollzugsanstalt Tonna) als Schriftführerin bzw. stellv. Schriftführer.

Wir danken dem alten Vorstand für seine geleistete Arbeit. Dabei ist ganz besonders für die Meisterung der schwierigen Aufgabe, die Gewerkschaft der Polizei im Justizressort des Freistaates Thüringen zu etablieren und die Arbeitsfähig-

keit zu gewährleisten, hinzuweisen. Bei den zurückliegenden Personalratswahlen konnten Dank der Arbeit des alten Kreisgruppenvorstandes erstmals Kandidaten der GdP Personalratsmandate erringen.

Die Aufgaben des neu gewählten Vorstandes werden nicht geringer. Das ergibt sich schon aus den geplanten Strukturveränderungen im Thüringer Justizvollzug in den nächsten Jahren. Deshalb ist eine starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaft, wie die GdP, für alle Beschäftigten in der Thüringer Justiz von großer Bedeutung. Dem neuen Vorstand wünscht GdP-Landesvorsitzender Kai Christ viel Erfolg, Ausdauer und Beharrlichkeit für die Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten und besonders der GdP-Mitglieder in der Justiz.



Der neu gewählte Kreisgruppenvorstand

Foto: Gäbler



# Kommt Soziales vor Sicherheit?

Von Edgar Große, Vorsitzender des Seniorenvorstandes der GdP Thüringen

**Erfurt (eg). Am 06. November 2018 wurde der diesjährige Thüringen-Monitor vorgestellt. Der Thüringen-Monitor 2018 setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung beobachtet. Das Institutionenvertrauen zur Polizei ist in Thüringen unverändert hoch.**

Das Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena untersucht seit 18 Jahren die Entwicklung Demokratiezufriedenheit und der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung. In diesem Jahr wurden 1057 wahlberechtigte Frauen und Männer, die unter repräsentativen Gesichtspunkten ausgewählt wurden, befragt. Die Antworten dieser Befragten werden dann auf die gesamte Thüringer Bevölkerung hochgerechnet. In der jährlichen Befragung werden auch Themenschwerpunkte gesetzt, in diesem Jahr das Thema „Heimat“.

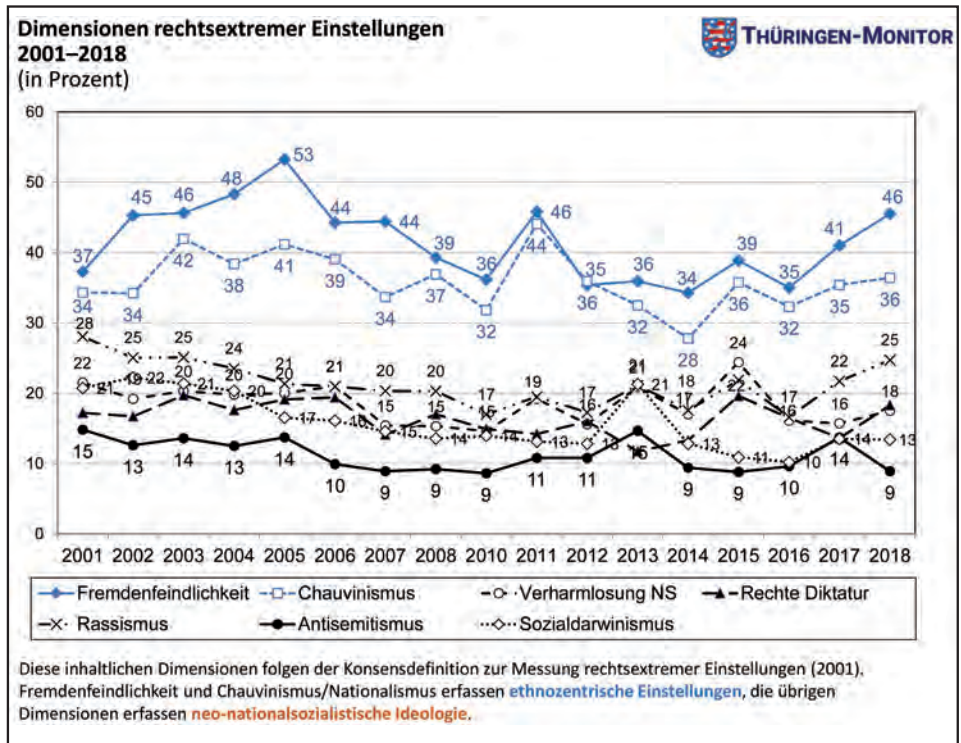
Der Thüringen-Monitor kämpft dabei mit den gleichen Schwierigkeiten, mit denen alle repräsentativen Umfragen zu kämpfen haben. Die Fragen müssen zum Teil stark verkürzt werden und die Antwortmöglichkeiten reichen in der Regel nur von „Stimmt voll und ganz“ bis „Stimmt überhaupt nicht“. Die Umfragen stellen dabei auch häufig eine Momentaufnahme dar, das Ergebnis kann durch aktuelle Ereignisse beeinflusst sein. Das schmälert den Wert einer solchen Langzeitstudie jedoch überhaupt nicht.

Einige wichtige Aussagen des Thüringen-Monitors (Zahlen in Klammern = Veränderungen zum Vorjahr): 86 Prozent der Befragten halten die Demokratie für die beste aller Staatsideen (± 0), aber nur 55 Prozent der Befragten sind mit der Demokratie sehr oder ziemlich zufrieden (- 10 Prozent). 54 Prozent (- 7) der Thüringer sind zufriedene Demokraten, d. h. sie bejahen die Demokratie und sind mit ihrem Funktionieren zufrieden. Dazu kommen 34 Prozent (+ 8) unzufriedene Demokraten, sie halten zwar die Demokratie für die beste Staatsform, sind aber eben mit dem

Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Dazu kommen 8 Prozent Demokratieskeptiker und 4 Prozent Antidemokraten, beides die niedrigsten jemals gemessenen Werte. Bei ihrer Selbsteinordnung geben 38 Prozent (+ 3) der Thüringer an „etwas links“ zu sein. 31 Prozent (- 8) rechnen sich der Mitte zu. 17 Prozent (+ 6) sehen sich

ihre Ansichten interessieren sie nicht“. Dieser Aussage stimmen 80 Prozent (+ 6) der Befragten voll und ganz oder eher zu. Die Parteienbindung liegt bei 49 Prozent (- 8) der Befragten, die Schwankungen sind von Jahr zu Jahr aber häufig sehr groß. 75 Prozent (+ 8) der Thüringer stimmen ganz oder überwiegend der Aussage zu „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“.

Die Wissenschaftler fassen unter dem Begriff der Dimension rechter Einstellungen solche Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer rechten Diktatur, Rassismus, Antisemitismus und



selbst „etwas rechts“. Der Prozentsatz der sich selbst so sehenden extremen Linken ist von zwölf auf zehn zurückgegangen, die Zahl der extremen Rechten von zwei auf drei gestiegen.

72 Prozent (+ 3) der Thüringer stimmen der Aussage „in unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ voll und ganz bzw. eher zu. Ähnlich ist das Bild bei der Aussage „die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler,

Sozialdarwinismus zusammen. Bei fast allen dieser Einstellungen ist seit 2016 eine steigende Tendenz zu verzeichnen. Einzelheiten sind in Tabelle 1 dargestellt. 58 Prozent (+ 5) der Thüringer halten die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer für „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ und nahezu jeder zweite Thüringer stimmt der These zu, „Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“. 70 Prozent (- 3) der Bürger vertrauen



INNENPOLITIK

voll und ganz bzw. weitgehend der Polizei. Die Polizei hat damit die besten Werte gegenüber den Gerichten mit 52 Prozent (- 5), der Landesregierung mit 36 Prozent (- 3) bzw. der Bundesregierung mit 24 Prozent (- 13). Nur in den Jahren 2004 und 2017 erreichte die Polizei bessere Vertrauenswerte (72 bzw. 73). Trotz aller Personalprobleme sind die Thüringer mit der Arbeit der Polizei also offensichtlich überwiegend zufrieden.

Einige weitere Fragen sind sicherlich auch aus der Sicht der Polizei interessant. 16 Prozent der Befragten im Thüringen-Monitor 2018 stimmen der Aussage zu: „In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.“ Dieser Anteil ist wieder etwas geringer als der von 2017 (22 Prozent) und der von 2016 (21 Prozent), liegt aber immer noch leicht über dem von 2013 (zwölf Prozent). Je unzufriedener Befragte mit

struktur oder in die Stärkung der inneren Sicherheit investieren, er könnte die Steuern aber auch – im Sinne fiskalischer Nachhaltigkeit – zur Schuldentilgung verwenden. Eine deutliche relative Mehrheit der Befragten des Thüringen-Monitors 2018, nämlich 43 Prozent, ist dafür, dass am ehesten zusätzliche Sozialausgaben stattfinden. Ungefähr ein Viertel der Befragten priorisiert Investitionen in die Infrastruktur, ungefähr ein Sechstel der Befragten die Stärkung der inneren Sicherheit und ungefähr jeder neunte Befragte die Schuldentilgung. Nur sechs Prozent der Befragten haben keine klare Präferenz. Es folgen dann noch 1½ Seiten Erläuterungen dazu, wer unter welcher Fragestellung welche Prioritäten setzt.

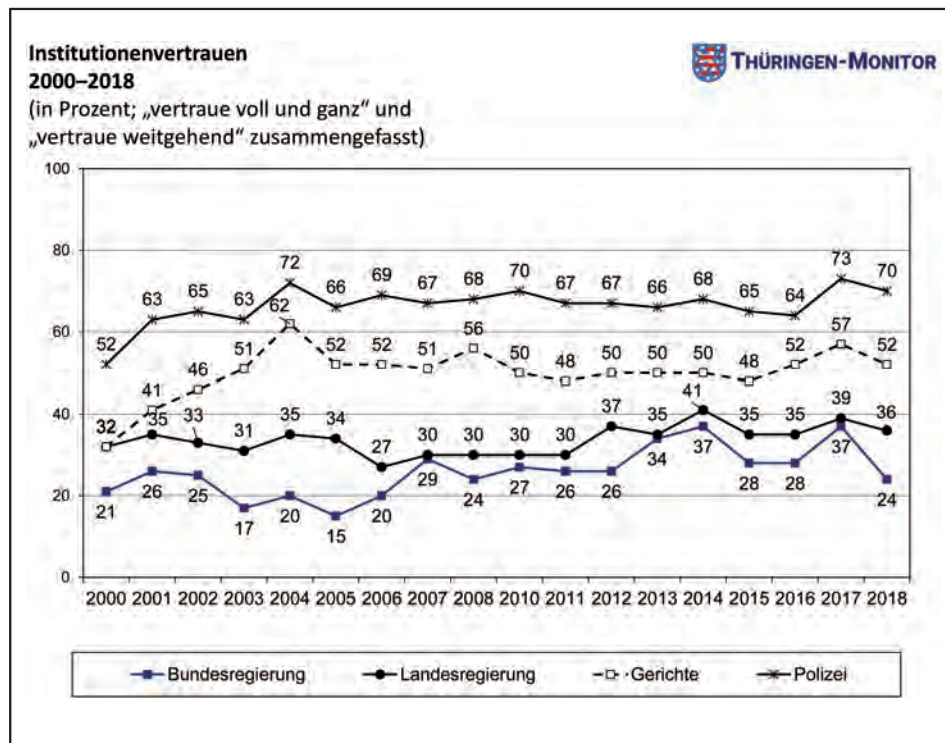
Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Zeitung „Freies Wort“ am 7. November 2018 zu einer völlig anderen Interpretation der Zahlen

der Thüringer in diesem Jahr, dass das, was gerade von der CSU allzu oft als realitätsfernes, linkes Geschwätz abgetan worden ist, die Menschen sehr wohl bewegt. Dass es für die Menschen noch viel drängendere Probleme in diesem Land gibt als die Migration.

Eine relative Mehrheit der Thüringer wünscht sich, dass der Staat die Steuergelder, über die er frei verfügen kann – also etwa Steuermehreinnahmen – in weitere Sozialausgaben steckt. Zum Beispiel Hilfen für Arme, Familien, Kinder, Pflegebedürftige.“ Und weiter: „Schon in dieser ersten Annäherung sind diese Daten ein Armutszeugnis für die politische Debatte der vergangenen Monate, die offenkundig von völlig falschen Vorstellungen ausgegangen ist, was „die Thüringer“ oder „die Leute“ wirklich wollen. Für die SPD-Arbeitsmarktpolitikerin Diana Lehmann heißt das, alles, was mit dem Sozialen zu tun habe, sei für die Menschen von höchster Priorität, sagt sie, heißt es in dem Artikel weiter. „Das ist die Pflicht. Da müssen wir liefern.“ Innere Sicherheit dagegen sei die Kür. „Und wenn wir die Pflicht nicht hinkriegen, dann glaubt uns doch niemand, dass wir die Kür schaffen“, wird die SPD-Politikerin zitiert.

Hat Herr Haak nur schlechte Erfahrung mit der Polizei gemacht oder ist er wirklich so naiv? Die Notwendigkeit einer stabilen inneren Sicherheit kann doch heute ernsthaft niemand in unserem Land in Abrede stellen. Die Bekämpfung von Kriminalität bedarf einer bestimmten personellen und technischen Ausstattung, sonst ist sie nicht zu leisten. Aufzüge, Versammlungen und Veranstaltungen sind nur mit hohem personellem Aufwand sicher zu gestalten, es sei denn, man wollte Leben und Gesundheit der Teilnehmer, die häufig alles andere als friedlich sind, bewusst riskieren. Das alles kann auch Herr Haak nicht wollen.

Die Polizei kann sicherlich nicht erwarten, dass ihr unendlich Mittel zur Verfügung gestellt werden, ein Mindestmaß an Kosten wird sich jedoch nicht vermeiden lassen. Das trifft für eine staatliche Institution genauso zu, wie beispielsweise für eine Zeitung. Allzu durchsichtige Polemik hilft niemandem, weder den Bürgern, noch der Polizei.



der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend sind, desto stärker empfinden sie Kriminalitätsfurcht.

In Zeiten einer florierenden Wirtschaft und gestiegener Steuereinnahmen stellt sich die Frage, was mit jenen Teil der Staatsfinanzen geschehen sollte, die flexibel eingesetzt werden können. Der Staat könnte beispielsweise im Sinne einer nachhaltigen Sozialpolitik zusätzliche Sozialausgaben tätigen, er könnte in den Ausbau der Infra-

kommt, als die Wissenschaftler. Dort werden zunächst zusätzliche Investitionen in die innere Sicherheit im Bund und in Thüringen beklagt. Und dann schreibt Autor Sebastian Haak: „Ausweislich der Ergebnisse des aktuellen Thüringen-Monitors entsprechen diese zusätzlichen Investitionen in die innere Sicherheit gar nicht dem, was sehr, sehr viele Menschen im Freistaat wollen. Tatsächlich zeigt diese repräsentative Langzeitstudie zu den Einstellungen



## Besuch in der Hofkäserei Belrieth

Durch Wolfgang Greif wurde die Betriebsbesichtigung in einer kleinen handwerklich betriebenen Käserei angeregt. Es ist ein sehr kleiner Betrieb mit sieben Mitarbeitern und begrenztem Raum. Aus diesem Grund sollte die Interessengruppe nicht über zehn bis zwölf Teilnehmer hinausgehen.

Nach einer Terminänderung aus betrieblichen Gründen trafen sich die Teilnehmer am 19. Oktober 2018 kurz nach 14 Uhr an der Betriebsstätte in Belrieth. Die Betriebsleiterin begrüßte uns sehr freundlich und hatte kein Problem damit, dass statt zehn bis zwölf letztendlich 23 Interessenten vor ihrer Tür standen.

Nach einer kurzen Belehrung über die Hygienevorschriften teilte sie für jeden ein Paar Hygieneüberzieher für die Schuhe aus. Los ging es. Zuerst zeigte sie uns die Anlage, in welcher die Rohmilch erhitzt wird und durch Zugabe verschiedener Mittel sich diese zum Rohkäse entwickelt. Das ist aber nicht der arbeitsintensivste Teil in der Käserei.

Der geht dann erst los, wenn der Rohkäse in die entsprechenden Formen gebracht wird, in reiner Handarbeit. Damit die Restflüssigkeit aus den geformten Rohkäsestücken entweichen kann, werden die Formen in regelmäßigen Zeitabständen gedreht,

natürlich per Hand. Nachdem die so geformten Käsestücke ein Bad in Salzlaugel genommen haben, werden sie in die Kühlzelle gebracht, um dort in Ruhe zu reifen. Der fertige Käse wird dann entsprechend seiner Marke nachbehandelt, z. B. bestreut oder geräuchert und abschließend per Handarbeit verpackt.

Für die Mitarbeiter beginnt nun das Säubern. Es ist ja nicht damit getan den Käse zu formen und reifen zu lassen, sondern für die nächste Ladung Rohmilch müssen die Gerätschaften nach strengen Vor-

schriften gesäubert werden. Auch das erfordert eine aufwendige Handarbeit.

Zum Schluss gab es noch eine ausgiebige Verkostung und wir konnten uns zum Werksverkaufspreis mit Käse eindecken, was auch ausgiebig genutzt wurde. Wir bedankten uns für die freundliche Führung und für die Erweiterung unseres Wissens. Ein kleiner Polizei-Teddy sollte sie an 23 wissbegierige Käseinteressenten erinnern. Den Nachmittag schlossen wir bei Kaffee und Kuchen im Ökozentrum Vachdorf ab. **A. Schauseil**



Gleich dürfen alle kosten

Foto: Schauseil

## Thüringen und das Verpflegungsgeld

**Erfurt (lr). Seit Kurzem befasst sich der Petitionsausschuss des Thüringer Landtages mit der Frage der Anerkennung des Verpflegungsgeldes der ehemaligen DDR-Volkspolizei als Arbeitseinkommen. Dies hätte höhere Altersbezüge der ehemaligen Volkspolizisten und ihrer hinterbliebenen Ehepartner zur Folge.**

Seit mehr als 15 Jahren streiten ehemalige Angehörige der Deutschen Volkspolizei um die Anerkennung des Verpflegungsgeldes als Arbeitseinkommen. Dies geschah bzw. geschieht nicht nur in Thüringen, sondern in allen neuen Bundesländern und in Berlin. Zunächst wurden Anträge an den Dienstherrn gestellt, da der Freistaat Thüringen

für die Rentenansprüche der ehemaligen Volkspolizisten der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl aufkommen muss. Deshalb hat die Thüringer Polizei auch eine eigene Rentenstelle, die für die Berechnung der Rentenansprüche aus dem Dienst in der Deutschen Volkspolizei entstanden sind.

Die Anerkennung des Verpflegungsgeldes als Arbeitseinkommen wurde vom Dienstherrn abgelehnt, was zu vereinzelt Klagen bei den Sozialgerichten führte. Mehrere Tausend Betroffene beantragten ab dem Jahr 2007 die Anerkennung des Verpflegungsgeldes, erklärten sich aber bereit, das Verfahren bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung ruhen zu lassen. Die allermeisten Verfahren ruhen bis heute.

Die Frage der Anerkennung des Verpflegungsgeldes beschäftigte in allen neuen Bundesländern die Sozialgerichte, die Landessozialgerichte und zuletzt das Bundessozialgericht. Dieses hat die Verfahren an die Landessozialgerichte zurückverwiesen, weil nur dort die entsprechenden tatsächlichen Feststellungen getroffen werden können. Als erstes hat sich das Land Brandenburg entschlossen, die Ansprüche aus dem Verpflegungsgeld anzuerkennen und zahlt seit mehreren Jahren bereits höhere Renten. 2017 folgte Sachsen-Anhalt aufgrund eines entsprechenden Urteils des dortigen Landessozialgerichtes. Ab 1. Oktober 2016 hat auch Berlin die Ansprüche der Betroffenen anerkannt und zahlt. Grundlage ist auch



SENIORENJOURNAL

dort ein entsprechendes Urteil des Landessozialgerichtes. Im Januar 2018 hat auch das Sächsische Landessozialgericht den Betroffenen höhere Ansprüche zuerkannt. Der Freistatt Sachsen will jedoch nicht zahlen und hat beim Bundessozialgericht wegen der Nichtzulassung der Beschwerde gegen das Urteil des Sächsischen Landessozialgerichtes geklagt. Weist das Bundessozialgericht diese Klage ab, so muss auch Sachsen den Betroffenen höhere Renten zahlen.

In Thüringen ruhen fast alle Verfahren. Mit Unterstützung der GdP klagt ein Betroffener wegen Untätigkeit des

Dienstherrn. Zudem hat sich ein Betroffener aus Erfurt nun mit einer Petition an den Thüringer Landtag gewandt. Er fordert die Anerkennung seiner Ansprüche aus dem Pflegegeld. Seiner Auffassung nach kann der gleiche Sachverhalt nicht von Bundeland zu Bundesland unterschiedlich geregelt oder völlig ignoriert werden. Wenn in drei Bundesländern und in Berlin die Landessozialgerichte inzwischen einheitlich urteilen, wären entsprechende Klageverfahren in Thüringen die reine Verschwendung von Steuergeldern.

Im Oktober 2018 hat sich der Petitionsausschuss des Thüringer Land-

tages erstmals mit der Sache befasst. Nach Kenntnis der Redaktion waren die beteiligten Ministerien nicht umfassend auskunftsbereit, weshalb die Sache im November erneut im Petitionsausschuss verhandelt werden soll. Bleibt zu hoffen, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, die Ansprüche aus dem Pflegegeld anzuerkennen und die Renten entsprechend nachzuberechnen. Andernfalls müsste auch in Thüringen der Rechtsweg weiterbeschritten werden. Das kostet allerdings wieder Zeit und die haben manche Betroffene vielleicht nicht mehr.

## Rettungsgasse kann Leben retten

**Jena (eg). Am 24. Oktober 2018 trafen sich die Senioren der Kreisgruppe Jena in der Autobahnpolizeiinspektion am Hermsdorfer Kreuz zur Verkehrsteilnehmerschulung. Sie wurden von Polizeioberrat Andreas Hempel begrüßt.**

Da der vorgesehene Referent für die Schulung noch dienstlich verhindert war informierte POR Hempel zunächst über die Schwerpunkte der Arbeit der Autobahnpolizeiinspektion im Jahre 2018. Dazu gehört neben der Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf den Autobahnen in Thüringen auch die Bearbeitung der Unfälle in diesem Bereich, die Kontrolle des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs, Geschwindigkeitskontrollen auch im Bereich der Landespolizeiinspektionen und die Fahndungsarbeit. Daneben werden auch die Kräfte und die Technik der API zur Sicherung von Veran-

staltungen etc. eingesetzt. Dabei sind nicht nur Staatsgäste zu lotsen oder mit der Krad-Staffel zu begleiten, häufig wird auch die Verkehrsorganisation der einsatzführenden Dienststelle unterstützt und gelegentlich muss die API auch eine geschlossene Einheit auf die Beine stellen. Einige Beispiele führten die Arbeit der API plastisch vor Augen.

Polizeihauptkommissar Jens Meisegeier informierte die Senioren dann über wesentliche Veränderungen in verkehrsrechtlichen Bestimmungen, die 2018 in Kraft getreten sind. Schwerpunkt dabei bildete die Rettungsgasse. Obwohl dieses Thema bereits seit Jahren diskutiert wird, gibt es bei der Umsetzung immer noch Schwierigkeiten. Ist die Rettungsgasse einmal gebildet, dann fahren Fahrzeugführer nach Durchfahrt der ersten Einsatzfahrzeuge wieder in die Mitte ihrer Fahrbahn und beim nächsten Einsatzfahrzeug geht das Spiel von vorne los. Die Erhöhung der Bußgelder für Verstöße führt auch

nicht zwingend zu mehr Disziplin. Im Vordergrund steht die Rettung von Menschenleben und da hat die Polizei häufig gar nicht genug Personal, um die Verstöße ahnden zu können.

Erörtert wurde auch das Thema Diesel und Fahrverbote bzw. die möglichen Auswirkungen für die Fahrzeughalter. Hier konnte PHK Meisegeier aber auch nur den aktuellen Sachstand erläutern. Welche rechtlichen Änderungen aus dem Dieselskandal noch folgen können, darüber konnte auch der Beamte nur mutmaßen. Hier muss einfach die Entwicklung der nächsten Monate und Jahre abgewartet werden.

Edgar Große dankte im Namen der Senioren den beiden Beamten für ihre Ausführungen. Andreas Hempel wünschte er alles Gute und viel Erfolg im bevorstehenden Seniorendasein. In Absprache mit dem Leiter der API, sollen die Verkehrsteilnehmerschulungen für die Senioren auch künftig weitergeführt werden.



Aufmerksame Zuhörer

Foto: Große





## Arbeitszeitmodelle in ...

### ... Thüringen

In der Thüringer Polizei wird nach den Arbeitszeitmodellen Dienst nach Dienstplan, Gleitzeit und Dienst ohne Dienstplan gearbeitet. Die allermeisten Kollegen verrichten ihren Dienst nach einem Dienstplan entsprechend der Dienstplananweisung „Grundsätze für ein Bedarfsorientiertes Schichtmanagement (BSM) in der Thüringer Polizei“. In diesem Modell werden Dienstschichtbeamte in einem Personalpool zusammengefasst und die Dienstzeiten nach den jeweiligen polizeilichen Einsatzlagen geplant. Der Schichtdienst des BSM wird in den Aufgabenfeldern Grundversorgung – umfasst ständig wiederkehrende polizeiliche Tätigkeiten, z. B. Notrufsachbearbeitung, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie allgemeine Streifenfahrten, sog. polizeiliche Reaktionsmaßnahmen, – Ergänzungsdienst – verstärkt zeitlich begrenzt die Grundversorgung und den Sonderdienst, umfasst Tätigkeiten außerhalb der Grundversorgung z. B. Verkehrskontrollen, Absicherung von Veranstaltungen, Zivilstreifen u. a. (sogenannte polizeiliche Aktionsmaßnahmen), geplant. Die flexible Dienstplanung in Form des BSM dient dem Ziel, durch einen am polizeilichen Auftrag und den analysierten Schwerpunktzeiten orientierten Personaleinsatz die polizeilichen Aufgaben mit höherer Effizienz zu erfüllen. Die Beamten der Grundversorgung haben dabei jederzeit handlungsbereit zu sein, um auf aktuelle Einsatzlagen unverzüglich reagieren zu können. Sonderdienste werden mit konkretem Personalansatz und Einsatzzeiten in den Dienstplänen ausgewiesen. Auch bei einer flexiblen Dienstplanung ist für die Dienstschichtbeamten ein verbindlicher Dienstplan vorzugeben. Hier gilt es, die im Rahmen einer persönlichen Dienstplanung abgegebenen konkreten Planungswünsche der Kolleginnen und Kollegen, soweit es die Einsatzanfordernisse und Planungsvorgaben der Dienststelle zulassen, zu berücksichtigen.

Andere Dienstbereiche können temporär einbezogen werden.

**Monika Pape**

### ... Sachsen

„Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Arbeitszeitmodelle sind von jeher umstritten. Die Dienstzeiten im Streifendienst bei der Polizei bilden dabei keine Ausnahme. Aus Sicht des Dienstherrn wird ein flexibler Dienstplan favorisiert. Wenn eine polizeiliche Lage eintritt, soll das entsprechende Personal eingesetzt werden können. In lageschwächeren Zeiten ist der Bedarf eher geringer. Die Kolleginnen und Kollegen sind bestrebt, möglichst sozial ihre Dienstzeit einzurichten. Beruf und Familie sollen vereinbar sein.

Den Personalmangel über ausgeklügelte Dienstpläne regulieren zu können, ist ein Trugschluss. Professionelle Polizeiarbeit ist nur möglich, wenn das Personal für die Erfüllung der Aufgaben auch vorhanden ist. Im Freistaat Sachsen existieren prinzipiell zwei Grundvarianten von Dienstplänen für fünf bzw. sechs Dienstgruppen. Einerseits Modelle, wo sich alle fünf bzw. sechs Tage der gleiche Dienstrhythmus wiederholt. Zum anderen werden Blockdienste geleistet, deren Umlauf sich in fünf bzw. sechs Wochen wiederholt. In den Polizeidirektionen der sächsischen Polizei wird nach verschiedenen Dienstplanmodellen gearbeitet.

So wird auf die Lageunterschiede zwischen Stadt und Land reagiert. Alle Modelle werden nach einer Prüfmatrix auf die Einhaltung vorhandener Pflichten untersucht.

Als vorteilhaft erweisen sich sogenannte Verfügungsdienste. Hier können außerhalb des täglichen Dienstgeschäftes Aufgaben gelöst werden, so auch die Aus- und Fortbildung.

Der Generationenwandel in der sächsischen Polizei führt dazu, dass junge Kolleginnen und Kollegen 12-Stunden-Dienste favorisieren. Für Ältere ist dies vor allem in den Großstädten mit ihren Lageschwerpunkten nicht unproblematisch. Hier gilt es, sensibel zu reagieren, denn mangels anderer Einsatzmöglichkeiten muss ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen bis zur Pensionierung im Streifendienst verbleiben.

**Andreas Mußbach**

### ... Sachsen-Anhalt

Im Bereich der Schutzpolizei wird nach dem „Dezentralen Schichtmanagement“ (DSM) gearbeitet. Dieses wurde in Zeiten ständig sinkender Personalzahlen eingeführt, um die Flexibilität der Personalplanung für die Dienststellen zu gewährleisten. Weiterhin sollte es für die persönliche Planung der Schichtler einfacher werden, aus nicht mehr starren Schichtplänen ihre persönlichen und privaten Bedürfnisse mit dem Dienst in Einklang zu bringen.

Das damalige Versprechen: „Wer im Winter mehr arbeitet, hat im Sommer mehr frei!“, ist heute ein Witz. Widersinnig geworden, weil einfach keine Schutzpolizisten und Schutzpolizistinnen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.

Im DSM ist den Organisationseinheiten ein gewisses Maß an Selbstorganisation überlassen worden, sodass heute in jedem Revier andere „Inselösungen“ bestehen. Dies erfordert für die Planungsaufgaben spezielle „Planer“, welche bei einer Krankmeldung unter Umständen bis zu vier Kollegen/-innen umplanen müssen. Je nach Reviergröße sind dann mehrere „Planer“ bzw. „Planerinnen“ in Vollzeit beschäftigt, die erforderliche Anzahl von „Köpfen“ für die anstehenden Dienste zu erreichen, zu überreden und dann wieder erforderliche Umplanungen vorzunehmen.

Die Revierleitungen und „Planer/-innen“ sind derzeit auf der Suche nach Modellen, in denen sie immer weniger Schutzleute in immer mehr erforderliche Dienste bringen. Dass dies nicht funktioniert ist jedem klar, jedoch steht die Aufgabe im Vordergrund (nicht der Mensch!). Im Innenministerium ist man auch auf diese Probleme aufmerksam geworden und plant die Änderung des DSM-Erlasses, welcher dann wieder Dienstgruppen erlauben soll. Eine der wahren Feststellungen ist, dass mit der Zerschlagung von Dienstgruppen der soziale Zusammenhalt in vielen Revieren weg ist. Abhilfe kann nur durch mehr Personalzufuhr geschaffen werden.

**Ingo Neubert**

